

You have downloaded a document from



The Central and Eastern European Online Library

The joined archive of hundreds of Central-, East- and South-East-European publishers, research institutes, and various content providers

Source: Transit

Transit

Location: Austria

Author(s): János Mátyás Kovács

Title: Paradigmen des Übergangs

Paradigmen des Übergangs

Issue: 09/1995

Citation style: János Mátyás Kovács. "Paradigmen des Übergangs". Transit 09:053-064.

<https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=409126>

Janos Matyas Kovacs

PARADIGMEN DES ÜBERGANGS

Westliches Theorieangebot und östliche Nachfrage in den Wirtschaftswissenschaften

Bis vor kurzem gingen Vorhersagen über die künftige geistige und methodologische Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften in Osteuropa von zweifelhaften Annahmen hinsichtlich des »westlichen« Theorieangebots und der »östlichen« Nachfrage danach aus. Der Triumph des liberalen Denkens in den Wirtschaftswissenschaften der Region wurde von den meisten Beobachtern als Durchbruch des Neoliberalismus austro-amerikanischer Prägung verstanden. Will der Osten nicht zu seinen kommunistischen oder marktsozialistischen Utopien zurückkehren, so die stillschweigende und ein wenig einfältige Annahme, sollte er sich für Hayek, Friedman und Buchanan entscheiden. Die osteuropäischen Ökonomen könnten, so war zu hören, nach all den Jahren kollektivistischer Indoktrination gar nicht anders, als sich der neoliberalen Strömung anzuschließen: Das imaginäre Pendel müsse einfach in diese Richtung ausschlagen.¹

Im Lichte dieser Annahmen konvergieren »westliches« Theorieangebot an und »östliche« Nachfrage nach wirtschaftswissenschaftlichem Gedankengut in der Tat aufs Vortrefflichste. Der tschechische Friedman-Anhänger Vaclav Klaus wäre demnach unter postkommunistischen Bedingungen der Idealtypus des neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlers, Parteivorsitzenden und Premierministers, während die Harvard-Professoren Jeffrey Sachs und Janos Kornai in der Region als prominente Vertreter des Wirtschaftsliberalismus der nämlichen Provenienz gelten. Und daß auch Leszek Balcerowicz und Jegor Gaidar zu den Chicago Boys gehören, haben sie mit ihren Schocktherapien hinlänglich bewiesen.

Der vor diesem Hintergrund anomale Sachverhalt, daß man in Osteuropa kaum eine politische Partei oder Regierung finden wird, die nicht den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft – anstatt der Idee des freien Markts – in den Mittelpunkt ihres Programms rückte, wird schlicht als Ausfluß der politischen Rhetorik interpretiert. Die Politiker, so die Annahme, verfolgen damit einzig den Zweck, ihre »thatcheristischen« Absichten zu

verbergen und so die in sozialen Angelegenheiten hellhörige Wählerschaft zu manipulieren.

Ich fürchte, diese Aussagen stehen auf recht wackligen Beinen. Warum sollten wir die verschiedenen liberalen Denkschulen der westlichen Wirtschaftswissenschaften – wie der Monetarismus, die neo-österreichische Schule oder die »Public choice-Theorie« – unterschiedslos ineinssetzen? Warum sollten wir davon ausgehen, daß eine Schocktherapie per definitionem wirtschaftsliberal motiviert ist? Und noch verdächtiger erscheint uns der Umstand, daß die Verfechter der genannten Annahmen eine wesentliche Seite der derzeitigen Transformationsprozesse in der Region außer acht lassen müssen – nämlich daß man es dort mit einer Regulation der Deregulation, mit der geplanten Einführung von Marktstrukturen, mit einem staatlich initiierten Privatisierungsprozeß zu tun hat. So merkwürdig diese ambivalenten Programme auch anmuten mögen, sie wurden von den führenden Ökonomen Osteuropas befürwortet und von der überwiegenden Mehrheit der wissenschaftlichen Gemeinschaft dieser Länder gutgeheißen. Die bequeme Vorstellung, sozial eingestellte Politiker hätten sich über ihre neoliberalen Berater hinweggesetzt, trifft nur in wenigen Fällen zu. Außerdem wurden diese zweideutigen Programme vor den kürzlichen Linkswendungen, d.h. vor dem Auftreten des litauisch-polnisch-ungarischen Syndroms ausgearbeitet. Der Neoliberalismus wurde in Osteuropa nicht nur vom Neosozialismus begraben – wenn er denn dort überhaupt jemals das Licht der Welt erblickt hat.

Alte und neue Versuchungen des Interventionismus

In einigen meiner neueren Beiträge zur osteuropäischen Wirtschaftswissenschaft² habe ich versucht, folgende Thesen zu begründen:

1. Auf der »Nachfrageseite« nach westlichen Konzepten kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer recht zweideutigen Wiederentdeckung wirtschaftsliberalen Denkens. Selbst die radikalsten sozialistischen Reformökonomen oder Marktsozialisten waren keine Kryptokapitalisten. Ihre Herangehensweise an Markt und Privateigentum war eher pragmatisch als fundamentalistisch geprägt, während sich ihr Anti-Interventionismus weitgehend auf eine Kritik an der Intervention des kommunistischen Einparteiensstaats beschränkte und also nicht auf Eingriffe des Staates überhaupt bezog. Als Reformer griffen sie wirtschaftsliberale Ideen nicht an Stelle, sondern als Ergänzung ihres sozialistischen Engagements auf. Versuche, den Markt zu »simulieren«, »einzuführen« oder »aufzubauen«, ebenso wie das Denken in Großentwürfen waren schon immer ein integraler Bestandteil der osteuropäischen Reformtradition. Soziologisch gesehen florierten die Wirtschaftswissenschaften eher im Umfeld praktischer Re-

formpolitik als im akademischen Kontext, was bei den Ökonomen nicht nur das Interesse an Entwürfen für umfassende institutionelle Reformen weckte, sondern auch dazu führte, daß sie politischen Kompromissen innerhalb der Wirtschaftstheorie weniger mißtrauisch gegenüberstanden.

2. Daß die aktivistischen, konstruktivistischen Momente aus der geistigen Hinterlassenschaft der Reformer nach 1989 wiederauflebten, erklärt sich unter anderem aus den interventionistischen Versuchungen, die die postkommunistische Transformation der Wirtschaft mit sich brachte. In den letzten Jahren wurden in Osteuropa denn auch eine Menge Argumente für ein »gesundes« Maß an Staatseinmischung vorgebracht. Demzufolge gehöre es zur Funktion der Regierung, den Abbau der alten Ordnung zu bewerkstelligen (dabei der Bildung eines »Nomenklatura-Kapitalismus« und neuerlichen Experimenten mit einem »dritten Weg« vorzubeugen), die Wirtschaft zu stabilisieren und den Strukturwandel zu fördern, den Privatisierungsprozeß zu organisieren und eine Marktinfrastuktur zu schaffen (dabei auch die Koordination und das richtige Timing dieser unzähligen und oft widersprüchlichen Maßnahmen im Auge zu behalten), die sozialen Kosten des Übergangs umzuverteilen und dem gegen diese Umverteilung sich bemerkbar machenden Druck von unten zu widerstehen.

Diese Aufgaben des »social engineering« werden von vielen Ökonomen in der Hoffnung akzeptiert, sie seien nur ein vorübergehender Ersatz für die noch fehlenden (natürlichen) Triebkräfte des Kapitalismus. Die meisten früheren Reformökonomten erhielten die Gelegenheit, einflußreiche Berater der »Chefingenieure« des Transformationsprozesses zu werden, eine Elite- oder Avantgarderolle, die sie bereits unter der Einparteienherrschaft nicht verschmähten. Soziologisch gesehen, bieten ihnen die neuen politischen Parteien und Regierungsstrukturen reichlich Raum, um mit ihrer Projektemacherei fortzufahren, wenn auch nicht mehr als sozialistische Reformer, sondern eher als kapitalistische Möchtegern-»Transformer«. Die Attraktivität einer solchen Tätigkeit einerseits und die rapide Verödung der akademischen Forschung in den postkommunistischen Ländern andererseits verstärken sich dabei wechselseitig.

3. Die Stabilisierungsprogramme, die Jeffrey Sachs mit seinen Kollegen für zahlreiche Länder der Region ausgearbeitet hat, laufen mit ihren die Preisstruktur, den Wechselkurs und den Außenhandel ganz allgemein betreffenden Liberalisierungsmaßnahmen zwar auf eine heftige Schocktherapie hinaus, setzen aber in anderen Bereichen – etwa bei der Lohnpolitik, beim industriellen Strukturwandel und bei den Sozialleistungen – entschlossene Staatseingriffe voraus und liebäugeln in Sachen Privatisierung durchaus mit quasikollektivistischen Techniken.³ Das trifft auch auf das angeblich ultraliberale Transformations-Szenario eines Vaclav Klaus zu, hinter dem sich eine Art mittelfristig angelegtes Konzept der Starthilfe

verbirgt. Auf seinem Programm stehen, was die ersten Etappen des Übergangs betrifft, eine Theorie der staatlich verordneten Deregulation, eine strenge Geldpolitik, die Hinauszögerung des Strukturwandels und eine simulierte Privatisierung – dies alles in der Hoffnung, daß sich später spontane Marktprozesse entwickeln.

4. Die Bereitschaft der meisten osteuropäischen Ökonomen, sich zumindest einstweilen mit dem Gedanken des starken Staates abzufinden, macht sie für die Botschaft der (deutschen) Sozialen Marktwirtschaft empfänglich. Sie verbinden mit diesem Konzept die Erwartung, innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne gleichzeitig in allen wesentlichen Bereichen des Transformationsprozesses, und ohne daß es zu Rückschlägen kommt, Erfolge zu verzeichnen. Politische Säuberung und Wirtschaftswunder, Stabilisierung und sozialer Friede, eine liberale Wirtschaftsordnung mit nachhaltiger Sozialverpflichtung, staatlich gestützte Modernisierung und Mitbestimmung usw. – mit anderen Worten, große Gewinne bei kleinen Kosten. Zwar waren am Zustandekommen dieses Wunders wesentlich auch strenge monetäre Kontrollen, eine resolute Fiskalpolitik, eine durchgreifende, selbst Verstaatlichungen nicht ausschließende Industriepolitik, eine umfassende Einkommensumverteilung u.a. beteiligt, aber – so sagen sich neuerdings zahlreiche osteuropäische Ökonomen – warum sollten wir die »sichtbare Hand« von vornherein als schädlich betrachten? Gehen wir nicht einen Schritt zu weit, wenn wir ein System anstreben, das liberaler wäre als die heutige Soziale Marktwirtschaft in Deutschland? Offenkundig hängt die Attraktivität dieses Modells auch damit zusammen, daß es die Fähigkeit besitzt, eigene Fehler selbst zu korrigieren und das Ausmaß der Staatseingriffe in Grenzen zu halten.

Ein weiterer Grund für die Faszination, die die vielseitige Erfolgsgeschichte Nachkriegsdeutschlands auf ihre potentiellen Nachahmer in Osteuropa ausübt, ist darin zu sehen, daß andere, vergleichbare Transformationsprozesse in neuerer Zeit höchst unvollkommen verliefen. Denn entweder schlugen sie wie in Lateinamerika überwiegend fehl, waren sie wie in Südeuropa in erster Linie politischer Natur oder aber wie in Südostasien alles andere als erzliberal. Und was den deutschen Präzedenzfall vollends zum Vorbild werden ließ, ist die Tatsache, daß er auf zahlreiche europäische Länder – von Norwegen über Österreich bis hin nach Griechenland – ausstrahlte und daß das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mutatis mutandis für Konservative ebenso wie für Liberale und Sozialdemokraten annehmbar ist. (Inzwischen sind auch seine ökologischen Erweiterungsmöglichkeiten wohlbekannt.) Darüber hinaus mag sich die wachsende Popularität der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa auch durch die historische und kulturelle Nähe sowie durch den geopolitischen Einfluß Deutschlands erklären.

Was spricht dagegen, daß die eine oder andere Version des deutschen Modells den Sieg davontragen wird? Der erste Testfall ist natürlich die ehemalige DDR und also die Frage, ob sich das Wirtschaftswunder in den neuen Ländern wiederholen läßt. Der Siegeszug des Konzepts könnte auch durch manche christdemokratische oder ex-kommunistische Partei in Osteuropa vereitelt werden, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als erste in ihr Programm aufnahmen, der ursprünglichen Idee jedoch eine gehörige Portion an autoritärem, nationalistischem und populistischem Extremismus beimischten, der den Prototyp langfristig diskreditieren könnte. Möglich wäre auch, daß manche osteuropäische Ökonomen das Vertrauen in die Idee der Sozialen Marktwirtschaft verlieren, wenn sie erkennen müssen, daß sich die Startbedingungen der Systeme sowjetischen Typs nach 1989 ganz erheblich von denen der bundesdeutschen Wirtschaft nach 1945 unterscheiden (Marshall-Plan, bescheidene Erwartungen in der Bevölkerung, Weltwirtschaftsboom, tief verwurzelte Unternehmenstraditionen, hoher technologischer Standard, eine staatlich kontrollierte kapitalistische Wirtschaft hier, Staatssozialismus dort usw.).

Das evolutionstheoretische Angebot

Offensichtlich läßt sich allein aus der geistigen Hinterlassenschaft des lokalen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens und den tagtäglichen Herausforderungen des Transformationsprozesses nicht ableiten, welchen wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen die osteuropäischen Ökonomen künftig den Vorzug geben werden (welche sie importieren, an ihre Bedingungen anpassen oder neu erfinden). Bekanntlich wurde die neoklassische Theorie in der Anfangsphase des Übergangsprozesses – wohl zu leichtherzig⁴ – aus dem Wettbewerb der Paradigmen ausgeschlossen, und zwar nicht nur mit dem Argument, ihre abstrakt-axiomatischen Annahmen seien unfruchtbar und realitätsfern, sondern auch wegen ihres Verhältnisses zur Idee des Wohlfahrtsstaates. Mit anderen Worten, es wurde ihr keine Beachtung geschenkt, weil sie im Kern antiinstitutionell sei und/oder »überholten« institutionellen Lösungen anhänge. Und wieder traf es sich, daß die Region dem Westen hinterherhinkte. Denn als die Welle der neokonservativen Revolution der 70er Jahre endlich Osteuropa erreichte, hatte der Westen bereits begonnen, Keynes und den Sozialstaat wiederzuentdecken.

Ein Transformationskonzept kann daher nur institutionentheoretisch orientiert sein, sei es, weil der Kommunismus ein institutionelles Vakuum zurückließ, sei es aus dem gegenteiligen Grund, daß die Institutionen der Planwirtschaft in gewandelter und neuzusammengesetzter Form fortexistieren.⁵ Das Problem ist nur – und dahingehend läßt sich auch das For-

schungsprogramm einer wachsenden Zahl von Ökonomen in Osteuropa sowie ihrer westlichen Beobachter⁶ zusammenfassen –, wie eine hinreichend liberale, dabei wirklichkeitsnahe Theorie aussehen könnte. Mit anderen Worten, wir brauchen ein Forschungsprogramm, das Hayeks Loblied auf die Spontaneität in die turbulenten institutionellen Prozesse des postkommunistischen Übergangs übersetzt und dabei das Paradox löst, wie unter Vermeidung jedes konstruktivistischen Rationalismus eine spontan funktionierende Ordnung ausgehend von einer höchst unspontanen verwirklicht werden kann.

Desillusioniert vom maximalistischen, fundamentalistischen Diskurs mancher neoliberaler Theoretiker und zugleich staatlichem Dirigismus abgeneigt, möchte man einem Transformationskonzept das Wort reden, das die wenigen Vorteile der beiden unerwünschten Extreme verbindet und ihre gewaltigen Nachteile möglichst ausschließt. Auf den ersten Blick scheint dieser Forderung zu genügen, was im umfassenden Sinne als »New Institutional Economics« und spezieller als »Evolutionary Economics« bezeichnet wird. Diese Ansätze sind nahezu genauso »österreichisch« wie die Denkweise der Repräsentanten der alten Wiener Schule, und genauso aktuell wie das Oeuvre der neo-österreichischen Theoretiker, im Unterschied zu ihnen aber wirklichkeitsnäher, historisch relevanter und daher vielleicht auch operationaler.⁷

Das Hauptargument für die Anwendung der evolutionären Wirtschaftstheorie auf das heutige Osteuropa fußt auf der Annahme, daß wirtschaftliche Transformation per definitionem in einer Evolution institutioneller Ordnungen besteht, d.h. in der schrittweisen, organischen Selektion neuer Institutionen bei gleichzeitiger Verabschiedung von alten. Ideologischer Eifer spielt dabei meistens keine Rolle. Vielmehr handelt es sich um die Proportion zwischen Staats- und Marktversagen und um den Wettbewerb zwischen großen und kleinen Organisationen, Regulation und Deregulation, öffentlichem und privatem Eigentum, hierarchischen und Marktstrukturen usw. Entsprechend der Schumpeter-Hayek-Tradition liegt die Betonung auf Wandel, Konkurrenz, Information, Ungewißheit, Entdeckung, Wissen und Unternehmertum in einem dynamischen Zusammenhang. Markt und Privateigentum gelten dabei nicht als an sich gut, sondern haben ihre Überlegenheit in der Suche nach höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu erweisen. Was eine Institution »wert« ist, zeigt sich daran, wie sie auf die unvorhersehbaren Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld reagiert. Institutioneller Pluralismus gemäß dem Wandel der soziologisch-historischen Voraussetzungen (Einstellungen, Wertvorstellungen, Normen, Routinen, Fertigkeiten usw.) wird von der Theorie großzügig geduldet.

Obwohl ich mit dem Relativismus und der dynamischen Sichtweise der

evolutionären Wirtschaftstheorie sowie mit ihrer Sensibilität für soziologisch-historische Zusammenhänge einverstanden bin, frage ich mich, ob diese Lehre im Hinblick auf die Ausarbeitung umfassender und tragfähiger Transformationsprogramme genügend theoretische Munition bereithält, ob sich mit ihr nicht allzu leicht eine gewisse interventionistisch-kollektivistische Stoßrichtung der Transformation rechtfertigen läßt und schließlich, ob die osteuropäischen Ökonomen sie überhaupt verdauen können.

Im folgenden werde ich mich ausschließlich mit der letztgenannten Frage beschäftigen. Kurz zusammengefaßt möchte ich zweierlei behaupten: Erstens, die postkommunistische Transformation ist in der Tat eine Frage der Evolution, kann aber auch auf normative Weise interpretiert werden, d.h. als Problem der Wirtschaftspolitik. Zweitens, die Transformer haben zwar einen aus der Reformperiode ererbten institutionentheoretischen Hintergrund, aber dieser Institutionalismus ähnelt eher dem des deutschen Ordo-Liberalismus als dem der heutigen evolutionären Wirtschaftstheorie.

Da bereits vor drei Jahrzehnten klar war, daß die neoklassischen Modelle kaum geeignet sind, die Funktionsweise kommunistischer Wirtschaften zu erklären, begannen die Reformer – natürlich auch aufgrund ihrer marxistischen Konditionierung –, auf institutionelle Konzepte wie Wirtschaftsmechanismus, Zentralisierung, Verhandeln, Eigentumsrechte usw. zurückzugreifen. Die Mittel dieses eigentümlichen »spekulativen Institutionalismus« waren auf der einen Seite jedoch nicht empirisch genug, um das wirkliche Verhalten der Hauptakteure der Wirtschaft zu erfassen, auf der anderen aber auch wiederum zu empirisch, als daß das formalisierte Begriffsinstrumentarium der modernen Wirtschaftswissenschaften in ihrem Kontext hätte angewandt werden können. In der Folge tauchte eine ganze Reihe weicher, nichtoperationaler Kategorien auf, darunter auch die zentralen Begriffe des reformistischen Diskurses: »Plan« und »Markt«.

Am Vorabend des Übergangs befanden sich zahlreiche osteuropäische Ökonomen in einem doppelten theoretischen Vakuum. Auf der einen Seite verspürten manche von ihnen die Notwendigkeit, in Sachen »New Institutional Economics« mit ihren westlichen Kollegen gleichzuziehen – denn in den letzten Jahren des alten Regimes, als sie ihre ersten Privatisierungsvorschläge ausarbeiteten, hatten sie gerade erst begonnen, diese Theorie für sich zu entdecken. Auf der anderen Seite mußten sie erkennen, daß die Aneignung dieser Theorie (z.B. der Ökonomie der Eigentumsrechte) eine gründliche Kenntnis der neoklassischen Synthese voraussetzt, da die neuen Institutionalistinnen die Neoklassik bei aller Kritik nicht einfach verwarfen, sondern in ihre Lehre einbezogen und sie ergänzten.

Nach den Vorstellungen der Verfechter der evolutionären Wirtschaftstheorie würden sich die Transformer die raffinierten Analysetechniken der

modernen Ökonomie zu eigen machen, den traditionellen, »weichen« Diskurs fahrenlassen und eine »härtere« Begrifflichkeit ausbilden. Bis diese wissenschaftliche Investition Früchte trägt, wird aber wohl noch einige Zeit vergehen. Angesichts des massiven Eindringens von vergleichsweise mittelmäßigen Standards von Forschung und Lehre in die Wirtschaftswissenschaften der Region fürchte ich, daß in näherer Zukunft kaum mehr zu erwarten ist als die Anwendung von evolutionstheoretischen Lösungen aus zweiter Hand bzw. die Übernahme von »weichen«, geschichtsorientierten Versatzstücken des neuen Institutionalismus.

Das Gegenangebot des Ordo-Liberalismus

Eine nichtmathematische, historistische Denkweise bietet auch eine andere einflußreiche ökonomische Schule des Westens. Ebenfalls stark im wirtschaftsliberalen Denken verwurzelt, dabei jedoch genauso wenig fundamentalistisch orientiert wie die evolutionäre Wirtschaftstheorie, genießt der Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule und ihrer Anhänger den einzigartigen Vorzug, daß er die Erfolgsgeschichte zahlreicher gemischt-wirtschaftlicher Systeme Westeuropas im Rücken und damit seine Praxistauglichkeit bewiesen hat: Er war nicht nur evolutionsorientiert, sondern machte die Wirtschaftspolitik zu seinem zentralen Anliegen. Mehr noch, er maß den theoretischen Ökonomen selbst eine aktive politische Rolle zu.⁸

Die Attraktivität dieser Denkschule erklärt sich wohl in erster Linie daraus, daß sie den vormaligen Reformern die unerwartete Möglichkeit eröffnet, ohne große methodologische und ideologische Brüche auf elegante Weise vom Begriff der sozialistischen Marktwirtschaft zum Begriff der sozialen Marktwirtschaft hinüberzugleiten. Indem sie die Begriffe umfassenden Privateigentums und politischer Demokratie in den konventionellen Plan-Markt-Diskurs der Reformen einbauen, könnte es ihnen gelingen, einen größeren Kulturschock zu vermeiden, obgleich sie den Politikern gegenüber die Notwendigkeit einer Schocktherapie vertreten. Kurz, in der Begriffswelt des Ordo-Liberalismus können sich die osteuropäischen Ökonomen mit einer Umformulierung des Plan-Markt-Mix zufriedengeben – ein bißchen mehr Liberalismus, ein bißchen weniger Interventionismus – und brauchen kein neues Forschungsprogramm aufzulegen.

Im Gegensatz zur evolutionären Wirtschaftstheorie sind der Ordo-Liberalismus und seine Erweiterung zur Doktrin der Sozialen Marktwirtschaft durchaus ohne Vorwissen über die Anfangsgründe der Makro- und Mikroökonomie verständlich. So liegt es auch zum einen an dem holistischen Charakter der von den Anhängern dieser Schule verwendeten Be-

griffe – Ordnung, Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit usw. –, zum anderen an der sozialen Botschaft und der normativen Stoßrichtung ihrer Lehre und schließlich an den interventionistischen, keynesianischen Neigungen ihrer Vertreter (man denke etwa an die »korrektive Ordnung«, durch die die Auswahl der Institutionen reguliert und der Markt vor sich selbst geschützt werden soll), wenn diese Theorie in die Nähe der Vorstellungswelt der ehemaligen sozialistischen Reformer rückt. Erleichtert wird die Rezeption dabei auch durch die ausdrücklich politisch-ökonomische und wirtschaftspolitische Ausrichtung der Ordo-Liberalen – ihre Verbindung von Ordnungstheorie und Ordnungspolitik –, durch eine Reihe »weicher« Begriffe wie gesteuerte Marktwirtschaft, »Einkommensumleitung«, Marktkonformität usw. sowie durch den Flirt mit einem Dritten Weg.⁹

Diese Züge des Ordo-Liberalismus lassen den Kontrast zur eher kontemplativen, individualistischen, nicht system- und politik-, sondern prozeßorientierten evolutionären Wirtschaftstheorie mit ihren nach vorne hin offenen institutionellen Lösungen und ihrer skeptischen Haltung gegenüber einer korrigierend eingreifenden, gerechten Regierung nur noch schärfer hervortreten.

National-soziale Marktwirtschaft?

Kommen wir auf unsere eingangs angerissene Fragestellung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen westlichem Theorieangebot und östlicher Theorienachfrage zurück. Es ist vielleicht deutlich geworden, daß die übliche eindimensionale Interpretation (nämlich daß der angebotene Neoliberalismus dankbar konsumiert wird) in die Irre führt. Auf der Angebotsseite sieht sich der »austro-amerikanische« Neoliberalismus in seinem Versuch, die Köpfe und Herzen der osteuropäischen Ökonomen zu erobern, mit der Herausforderung des »deutschen« Sozialliberalismus konfrontiert. Und was die Nachfrageseite betrifft, so läßt sich zumindest sagen, daß der Ordo-Liberalismus durchaus nicht ohne Siegeschancen in diesen Wettstreit geht. Zwar steht diese Option – wie im übrigen auch alle anderen – in der Region noch auf recht wackligen theoretischen Beinen. Jedoch lassen sich auch jene Transformationstheoretiker, die wie Vaclav Klaus oder Janos Kornai als prominente Vertreter der evolutionären Option gelten, im »deutschen« Sinne interpretieren – etwa mit Blick auf die Vorstellung, der Übergangsprozeß erfordere eine starke Regierung –, sieht man einmal von ihrer geschickten Rhetorik ab (vgl. Klaus' Terminus einer »Marktwirtschaft ohne wenn und aber«).¹⁰

Auf jeden Fall befindet sich die Wirtschaftswissenschaft in Osteuropa fünf Jahre nach den historischen Ereignissen von 1989 noch immer in einer

programmatischen Phase. Daher darf der umsichtige Beobachter die zahlreichen neuen Partei- und Regierungsprogramme mit ihren Hunderten von Verweisen auf den »sozialen Markt« und den Sozialliberalismus ganz allgemein nicht mit dem Argument beiseite schieben, daß wir uns auf den streng wissenschaftlichen Diskurs der Ökonomen konzentrieren sollten.¹¹ Wenn die Verfasser dieser politischen Dokumente es vorziehen, an der Idee der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten, anstatt der spontanen Evolution das Wort zu reden, so mag das vor allem mit den politischen Vorzügen der Sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen – mit ihrem Prinzip der sozialen Verpflichtung, der Verheißung sozialen Friedens und ihrem Mobilisierungseffekt. Gleichwohl scheint es angesichts der traditionellen Politisierung des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Osteuropa angeraten, die programmatischen Erklärungen der Transformer sehr ernst zu nehmen. Wir wären dann weniger überrascht, wenn in Zukunft eine ganze Familie von postkommunistischen Mutanten der Lehre vom sozialen Markt auftauchen.

Auch möchte ich angesichts der osteuropäischen Tradition, unterschiedliche Paradigmen miteinander zu vermischen, und der teilweisen Koinzidenz der beiden Schulen¹² nicht ausschließen, daß sich der interessierte Beobachter möglicherweise schon bald mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert sieht, diverse »ordo-evolutionäre« Hybridformen zu entwirren. Weit schwerer als die methodologischen Schwierigkeiten wiegt jedoch die politische Gefahr, die von einer weiteren Hybridform ausgeht, nämlich einer Art National-Sozialer Marktwirtschaft, zu der die ursprünglich liberale Idee der Sozialen Marktwirtschaft unter dem Druck der autoritären – populistischen, korporatistischen, nationalistischen und neosozialistischen – Tendenzen im heutigen Osteuropa verkommen könnte.¹³ Daß diese neue Lehre eher dirigistisch als marktorientiert ausfallen würde, ist ziemlich wahrscheinlich. Daß wir unter ihren führenden Vertretern so manche weniger liberale Ex-Reformer aus der Zeit des Sozialismus antreffen würden, unterliegt hingegen keinem Zweifel.

Aus dem Englischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

- 1 Cf. John K. Galbraith, The Rush to Capitalism, in: *The New York Review of Books* 1990/10/15; Amitai Etzioni, Eastern Europe: The Wealth of Lessons, in: *Challenge*, July-August 1991; Robin Blackburn, Fin de Siècle: Socialism after the Crash, in: *New-Left Review* 185, 1991; Vgl. Peter Wiles, Die kapitalistische Siegesicherheit in Osteuropa, in: *Europäische Rundschau* 3, 1991.
- 2 J.M. Kovacs, Das große Experiment des Übergangs. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens, in: *Transit* 1990, Heft 1; ders., From Reformation to Transformation. Limits to Liberalism in Hungarian Economic Thought, in: *East European Politics and Societies*, Winter 1991; ders., Compassionate Doubts about Reform Economics, in: J.M. Kovacs, Marton Tardos (Hg.), Reform and Transformation in Eastern Europe: Soviet-Type Economics on the Threshold of Change, London 1992; ders., Engineers of the Transition (Interventionist Temptations in Eastern European Economic Thought), in: *Acta Oeconomica* 1992, Heft 1-2.
- 3 Vgl. auch den Beitrag von Mencinger in diesem Heft.
- 4 Cf. Hans-Jürgen Wagener, System, Order and Change. On Evolution and Transformation of Economic Systems, in: J. van den Broeck, D. van den Bulcke (Hg.), Changing Economic Order, Wolters Noordhoff Publishers 1992; Peter Murrell, Can Neoclassical Economics Underpin the Reform of Centrally Planned Economies?, in: *Journal of Economic Perspectives* 1991, Heft 4.
- 5 Vgl. hierzu die Artikel von Pejovich und Stark in diesem Heft.
- 6 Vgl. Irena Grosfeld, The Paradox of Transformation: An Evolutionary Case for Rapid Privatization, in: H.-J. Wagener (Hg.), The Political Economy of Transformation, Heidelberg 1994; Peter Murrell, Evolutionary and Radical Approaches to Economic Reform, in: *Economics of Planning* 1992, Heft 1; Janos Kornai, Principles of Privatization in Eastern Europe, in: *The Economist* 1992, Heft 2; Pavel Pelikan, The Dynamics of Economic Systems, or How to Transform a Failed Socialist Economy?, in: *Journal of Evolutionary Economics* 1992, Heft 2; Roman Frydman/Andrzej Rapaczynski, Evolution and Design in the East European Transition, Manuskript 1992; Philippe Aghion, Economic Reform in Eastern Europe. Can Theory Help?, in: *European Economic Review* 1993, Heft 37; Martin Weitzman, Economic Transition. Can Theory Help?, in: *European Economic Review* 1993, Heft 37; Vladimir Gligorov/Niclas Sundström, Growth Consequences of the Transformation, Uppsala University, Department of East European Studies, Working Papers 20, September 1994.
- 7 Weiter unten werde ich einen umfassenden Begriff des neuen Institutionalismus (und Ordo-Liberalismus) benutzen, um meinen Ansatz zum Wettbewerb zwischen den beiden Paradigmen zu konturieren.
Vgl. Richard Nelson, Sidney Winter, An Evolutionary Theory of Economic Change, Cambridge 1982; Douglass C. North, Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge 1990; E.G. Furubotn, R. Richter, The New Institutional Economics, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1984, Heft 140; R.N. Langlois (Hg.), Economics as a Process, Cambridge 1986; Kenneth Boulding, Evolutionary Economics, London 1981; John Foster, The Institutional (Evolutionary) School, in: D. Mair, A.G. Miller (Hg.), A Modern Guide to Economic Thought, Edward Elgar 1991.
- 8 Alan Peacock, Hans Willgerodt, Overall View of the German Liberal Movement; Norman P. Barry, Political and Economic Thought of German Neo-Liberals; Daniel Johnson, Exiles and Half-Exiles: Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow and Walter Eucken, alle in: Alan Peacock, Hans Willgerodt (Hg.), German Neo-Liberals and the Social Market Economy, London 1989; Daniel Johnson, Germany's Social Market Economy: Origins and Evolution, London 1989; Konrad Zweig, The Origins of the German Social Market Economy, London 1980; Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin 1989; Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1990; Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1976.
- 9 Vgl. Norman P. Barry, Political and Economic Thought; Daniel Johnson, Germany's Social Market Economy; Alan Peacock, Hans Willgerodt, Overall View of the German Liberal Movement; Hans O. Lenel, Evolution of the Social Market Economy; Jack Wiseman, Social Policy and the Social Market Economy, alle in: Alan Peacock, Hans Willgerodt (Hg.), German Neo-Liberals and the Social Market Economy, a.a.O.
- 10 Vgl. Janos Kornai, The Road to a Free Economy, New York 1990; ders., The Postsocialist

- Transition and the State, in: *American Economic Review* 1992, Heft 2; Vaclav Klaus, A Road to Market Economy, Prag 1991; ders., So Far So Good, in: *Economist* 1994, Heft 9/10; ders., The Ten Commandments Revisited, in: *The International Economy*, Sep-Okt 1993; Vaclav Klaus, Tomas Jezek, Social Criticism, False Liberalism and Recent Changes in Czechoslovakia, in: *East European Politics and Societies*, Winter 1991; Leszek Balcerowicz, Common Fallacies in the Debate on the Economic Transition in Central and Eastern Europe, EBRD Working Papers 1993/11; ders., Economic Transition in Central and Eastern Europe: Comparisons and Lessons, in: *The Australian Economic Review* 1994, Heft 1.
- 11 Vgl. Laszlo Szamuely, Szocialis piacgazdasag versus joleti allam? [Soziale Marktwirtschaft versus Wohlfahrtsstaat?], *BUKSZ* Frühjahr 1992; J.M. Kovacs, From Reformation to Transformation, a.a.O.
 - 12 Dieter Schmidtchen, German Ordnungspolitik as Institutional Choice, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 140, 1984; Viktor Vanberg, Ordnungstheorie as Constitutional Economics – The German Conception of Social Market Economy, in: *ORDO* 39, 1988; Alfred Schüller, Ordnungstheorie – Theoretischer Institutionalismus: Ein Vergleich, in: *Ordnungstheorie: Methodologische und institutionentheoretische Entwicklungstendenzen*, Arbeitsberichte zum Systemvergleich Nr. 11, Marburg 1987; Helmut Leipold, Constitutional Economics als Ordnungstheorie, ebd.
 - 13 Nach Meinung von Norman Barry ist es mit »Ansätzen, die auf eine Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft abzielen, [...] deshalb so schwierig, weil schwer ersichtlich ist, an welchem theoretischen Punkt der Erweiterungsprozeß zum Stillstand kommen sollte, so daß die Gefahr besteht, daß die Krankheit des staatlichen Dirigismus, zu deren Heilung das Konzept ursprünglich ausgearbeitet wurde, in anderer Form erneut auftaucht« (Norman P. Barry, *Political and Economic Thought*, a.a.O., S. 120).

Europäische Texte aus Ost und West in der Bukarester Zeitschrift für Querverbindungen

Nr. 1/1994 Ideen in Not
Von Illusionen und Verrat

Nr. 2/1994 Höllensprache
Poesie der Krise: Rußland

Nr. 3/1994 Der Schatten der Diktatoren
Kontinuität der Intoleranz

Nr. 4/1994 Frauen & Helden
oder Die Macht der Bilder im Kopf

Einzelheft 12,00 DM, im Abonnement (4 Hefte) 44,00 DM
Bestellungen bei Gerhardt Csejka, Schäferstr. 8, D-63069 Offenbach